

Im Kleinbasel stellen sich vielfältige Fragen und Problemstellungen im Bereich Drogenhandel und Sicherheit. Darum ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass der Regierungsrat diesen mit einem Paket an verschiedenen Massnahmen begegnen will. Die Art und Weise der Kommunikation des JSD hinterlässt jedoch Fragezeichen. Im Rahmen des "Drogenstammtisches" von Bajour am 25. Januar und in einem Interview mit der BZ Basel am 27. Januar hat Regierungsrätin Stephanie Eymann mehrere Massnahmen und ein ebensolches "Paket" zum Umgang mit verschiedenen Themenfeldern im Bereich Drogenhandel und Sucht sowie der Situation auf der Dreirosenanlage genannt. Sie hat dabei aber kommuniziert, bevor der Regierungsrat über mögliche konkrete Massnahmen entschieden hat. Zu einem Paket, das laut eigenen Aussagen im Frühling vorgestellt werden soll, gibt sie bereits jetzt Interviews.

Dabei werden Massnahmen vorgegriffen, die nirgends richtig ausgeführt und begründet sind. Auch die konkreten Formulierungen zu möglichen Gesetzesänderungen und Handlungen fehlen ebenso, wie ihre inhaltliche Begründung. Mit dieser Informationspolitik schafft die Departementsvorsteherin Erwartungen und Fakten, zu denen sich politische Akteur\*innen positionieren sollen.

Darum bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum kommuniziert Regierungsrätin Stephanie Eymann mögliche Massnahmen lange bevor diese vom Regierungsrat beschlossen oder kommuniziert worden sind?
2. Wie wurden andere Departemente, die in diesem Themenfeld ebenfalls betroffen sind, in die Kommunikation des JSD mit einbezogen? Wurde diese Kommunikation koordiniert?
3. Was ist das Ziel, diese Massnahmen bereits jetzt aktiv zu kommunizieren, ohne sie mit konkreten Grundlagen zu unterfüttern?
4. Auf welcher Grundlage und welcher Lageberichte hat Regierungsrätin Eymann diese Massnahmen angekündigt und was war das Ziel dieser frühen Kommunikation?
5. Glaubt der Regierungsrat, dass diese Art der Kommunikation ohne transparenten und neutralen Lagebericht das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung eher verstärkt oder vermindert?
6. Sollte eine Behördenkommunikation, gerade zum Bereich Sicherheit, nicht nüchtern, abgestützt und faktenbasiert gestaltet sein?
7. Wie stellt sich der Regierungsrat in diesem Zusammenhang zum Kollegialitätsprinzip, wonach Massnahmen gemeinsam diskutiert und beschlossen werden sollen?

Beda Baumgartner